

ZEITGESCHICHTE

Die letzten Opfer der SS

Seit Jahren suchen Historiker nach einem Massengrab einer Außenstelle des KZ Sachsenhausen. Doch ein sturer Brandenburger verhindert Grabungen am vermuteten Tatort.

Hans-Jürgen H. Augenzeugenberichte zusammengetragen: über am Boden kriechende, kranke Häftlinge, die von SS-Männern niedergeschossen wurden, aber auch über den verzweifelten Angriff eines Häftlings auf den Lagerführer. Morschs Forschungen zufolge blieben rund 1300 „Kranke und Gehunfähige“ zurück, von der SS eingesperrt „in die mit Stacheldraht abgesperrten Baracken des Krankenreviers und der Schonungsblöcke“.

Es scheint so, als sei der Ort Jamlitz im Osten Brandenburgs umstellt von der Vergangenheit. Westlich von Jamlitz, am Ortsausgang der Kleinstadt Lieberose, liegt eine Gedenkstätte für die „Opfer des Faschismus“, ein roter Winkel auf grauem Beton. In Jamlitz selbst erinnern hohe Glastafeln an die Außenstelle des KZ Sachsenhausen, das die SS im November 1943 errichtete, und an das Lager, in dem die Sowjets an derselben Stelle 1945 Gefangene internierten. Weiter östlich führt ein Weg zu einem Waldfriedhof, auf dem ein großes Kreuz zum Gedenken an die Opfer des sowjetischen Internierungslagers errichtet wurde.

Blumen und Kränze liegen an der KZ-Gedenkstätte und am Waldfriedhof. Aber die Vergangenheit ist nicht nur Erinnerung in dem Ort Jamlitz, in dem die Zahl der Einwohner – derzeit 617 – nie die Zahl der hier Ermordeten übersteigen wird. Die doppelte Geschichte wirkt bis in die Gegenwart: Mal gab es Streit darüber, ob die DDR angemessen der jüdischen Opfer gedachte. Dann sorgten Rechtsradikale für Aufregung, als sie einen Kranz am Waldfriedhof für „ihre“ Kameraden niederlegten.

Und nun beschäftigt die Geschichte von Jamlitz erneut nicht nur Historiker – sondern Ministerien, Ämter, Gerichte und den Zentralrat der Juden. Denn noch immer wird nach Hunderten in Jamlitz ermordeten Juden gesucht – erschossen von den Nazis im Februar 1945. Aus der Mordaktion ist eine komplizierte Gerichtssache geworden.

Verhandelt wird demnächst vor dem Landgericht Cottbus, ob ein Bürger auf seinem Grundstück Untersuchungen zulassen muss, weil auf ihm das größte unentdeckte Massengrab in Deutschland vermutet wird. Bei diesem Kampf um das rund 5000 Quadratmeter große Flurstück 411 in Jamlitz steht ein Mann gegen alle, die Klarheit wollen – Hans-Jürgen H. gegen das Amt Lieberose, Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) und den Zentralrat der Juden.

Das Gericht hat umfangreiche Akten angefordert. Und so wird schon bald erneut von einem schrecklichen Verbrechen die Rede sein, aber auch von dem gleichsam beharrlichen wie bislang erfolglosen Versuch deutscher Behörden und Bürger, es aufzuklären.



Massengrab bei Jamlitz*

Im Rathaus von Lieberose sitzt Amtsdirektor Bernd Boschan, 50, ein freundlicher Mann mit Schnauzbart. Vor ihm und seinem Rechtsanwalt Uwe Zien liegt der komplizierteste Fall seiner Amtszeit. Die beiden Männer wissen nicht so recht, wo sie anfangen sollen, um zu erklären, warum sie Zutritt verlangen zu jenem auf den ersten Blick so unverdächtigen Grundstück Neue Siedlung 11: ein großes Stück Wiese, auf dem ein grau verputztes Haus steht, in unmittelbarer Nähe der Schautafeln, die an die Außenstelle des Konzentrationslagers Sachsenhausen erinnern.

Das Außenlager Lieberose-Jamlitz, in dem insgesamt 8000 zumeist ungarische Juden eingesperrt waren, wurde Anfang 1945 aufgelöst. Tausende Häftlinge wurden nach Sachsenhausen abtransportiert. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, hat in einem Gutachten für den Rechtsstreit mit

Am 2. Februar 1945 fand dann die erste Mordaktion statt, „während der die SS mehrere Stunden lang mit Maschinenwaffen mehr als 700 Häftlinge erschoss“, wie der Historiker rekonstruierte. Deren Überreste wurden bis heute nicht gefunden. Die Opfer einer zweiten Vernichtungsaktion hingegen – knapp 600, per Genickschuss getötet – wurden 1971 in einer Kiesgrube bei Jamlitz entdeckt. Der DDR-Staatssicherheitsdienst übernahm die Ermittlungen. Später wurden die Skelette eingäschert, nur wenige Knochen und ein paar Patronenhülsen als Beweismaterial aufbewahrt. Die Birtthler-Behörde und der Zentralrat der Juden diskutieren derzeit darüber, wie die eingeschweißten, in einer Außenstelle der Stasi-Akten-Behörde aufbewahrten Knochenreste beigesetzt werden können.

Gesucht wurde immer wieder nach Toten bei Jamlitz. Nach 1990 waren es Privatleute, die auf eigene Faust forschten, allerdings nach Opfern des sowjetischen Internierungslagers. Am 19. April 1990 wurden Ge-

* Nahe Cottbus, nach seiner Entdeckung 1971.

beine gefunden und der „sowjetischen Lagerperiode zugeordnet“, wie es in einem Bericht des Innenministeriums Brandenburg heißt. Auf dem Gelände der Fundstelle wurde 1995 der „Waldfriedhof“ angelegt. Die Suche nach den Sowjet-Opfern brachte auch die vermissten letzten Opfer der SS in Erinnerung. Der Zentralrat war es schließlich, der im Juli 2002 bei Schönbohm vorsprach.

Sein Ministerium beschloss, die Forschung nach dem vermuteten zweiten

nicht mehr gemäht. Anwohner haben Hans-Jürgen H., der das Grundstück von seinen Eltern geerbt haben soll, seit Monaten nicht mehr gesehen. Sein Hauptwohnsitz liegt jetzt in Bayern – und dennoch lässt er die Forscher nicht auf seine Wiese. Der sei eben, meint Amtschef Boschan, wie viele Menschen in der Gegend, etwas stur. „Was man sich in den Kopf setzt, das macht man halt.“ H. gilt als Sonderling.

Mal ließ er die Ministerialen wissen, das Grundstück sei bereits untersucht. Mal verlangte er die Zusage, auf der Fläche weder eine Gedenkstätte noch etwas Ähnliches zu errichten. Dann wiederum fürchtete er um den Erholungszweck des Areals.

Immer wieder erhielt H. Post aus Potsdam. Die Briefe aus dem Ministerium lesen sich so, als würden die Beamten sogar bereit sein, auf Knien gen Jamlitz zu

rutschen. „Wir haben alles getan“, meint Schönbohm, „um dem Mann entgegenzukommen, alles vergeblich.“

Ministeriale boten die Übernahme von Reisekosten an, legten frankierte Briefe bei, bis sie irgendwann die Geduld verloren und „Maßnahmen des Verwaltungszwanges“ androhten. Sie verstünden seine „Weigerung“ nicht, warum er sich der „Aufklärung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ in den Weg stelle. Die Anfrage des SPIEGEL beantwortete H. nicht – was ihn treibt, bleibt ein Rätsel.

Den „Verwaltungszwang“ durchzusetzen erweist sich jedoch als kompliziert. Auf welcher Rechtsgrundlage soll ein Grab gesichert werden? Gilt das Gräbergesetz auch für Grundstücke, auf denen Gräber nur vermutet werden? Juristen sahen sogar die Beziehungen zu Ungarn gefährdet, weil in Jamlitz ungarische Juden ermordet wurden und man per Staatsvertrag zur Pflege ungarischer Grabstätten verpflichtet sei.

Im April 2007 erließ der Landkreis Dahme-Spreewald schließlich einen Bescheid zur „Feststellung der Existenz und Lage eines Massengrabes“. Doch das Amtsgericht Guben wies den Antrag auf Durchsichtung zurück – aus formellen Gründen.

Nun ziehen Boschan und sein Anwalt vor das Landgericht Cottbus, das entscheiden muss, ob eine Einzelperson tatsächlich die Aufarbeitung der Geschichte torpedieren darf. „Wir hoffen“, sagt Boschan, „dass die Entscheidung nicht lange auf sich warten lässt.“

In Jamlitz und Lieberose gibt es neben dem Streben nach Aufklärung auch ein Bedürfnis nach Ruhe. Nur dass Gras über die Sache wachsen soll, mag hier keiner sagen. Denn das passiert ja schon seit Jahren auf dem Flurstück 411. STEFAN BERG



RAINER WEISELOG

Streitobjekt Flurstück 411: „Wir haben alles getan“



Massengrab nun systematisch fortzuführen, und richtete eine „AG Jamlitz“ ein. Nichts blieb unversucht: Die Arbeitsgruppe durchforstete Akten, konsultierte Revierförster, sogar eine Maschine der Bundesluftwaffe donnerte über das Gebiet und machte Aufnahmen. Mehrere „Verdachtsflächen“ wurden ermittelt, die ohne Erfolg abgesucht wurden, bis am Ende nur noch jene „Sonderverdachtsfläche H.“ in Jamlitz übrig blieb.

Viele Indizien sprechen für dieses Gelände: Es liegt unmittelbar neben jener Stelle, an der früher KZ-Baracken standen. Vor allem der unbebaute nördliche Grundstücksteil liege „in einem Bereich des ehemaligen Lagergeländes“, heißt es im Bericht des Brandenburger Innenministeriums, „in dem eine von Zeitzeugen erinnerte größere Grube zu lokalisieren sein könnte, die nach Schlussfolgerungen der Zeugen als Massengrab genutzt worden sein soll“.

Verlassen wirkt heute das umzäunte Grundstück, die Wiese wurde lange